

INHALT

| | |
|-----------------------------------|----|
| 5. Bundesparteitag | 1 |
| Bericht vom 5. Bundesparteitag | 2 |
| Hande gegen Verkauf | 4 |
| Hinhören und anpacken | 5 |
| Stellungnahme zur Gebietsreform | 6 |
| Aus der Arbeit des Bürgerbüros | 6 |
| Anschlag auf das Abgeordnetenbüro | 8 |
| Spendenbrief | 9 |
| Stadtratsfraktion Schmalkalden | 10 |
| Termine | 12 |

Hannoveraner Parteitag

5. Parteitag der Partei DIE LINKE (2. Tagung)



Die 2. Tagung des 5. Parteitags der LINKEN fand vom 9. bis 11. Juni 2017 in Hannover statt. Im Mittelpunkt des Parteitags stand die Beratung und Beschlussfassung zum Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen am 24. September 2017.

**Sommer, Sonne,
schöne Ferien!**



**Wir wünschen allen
Kindern, Jugendlichen
und ihren Eltern, allen
Lehrkräften und
Erzieherinnen erholsame
und sonnige
Sommerferien.**



Die Thüringer Delegation zum Bundesparteitag.

Als Thüringer LINKE streiten wir für eine starke LINKE!

Bericht von der 2. Tagung des 5. Bundesparteitag in Hannover

Vom 9.-11. Juni 2017 fand in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover die zweite Tagung des 5. Parteitags der Partei Die LINKE statt.

»Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle.« Das ist der Titel unseres Wahlprogramms, welches erfolgreich beschlossen wurde. Vom 9. bis 11. Juni debattierten hunderte Delegierte - für unseren Kreisverband Helga Greifelt und Patrick Beier - über den Entwurf für das Wahlprogramm und die zahlreichen Änderungsanträge. Vor allem bei den Themen Frieden und mögliche Regierungsbeteiligung wurde mit viel Herzblut diskutiert. Die Vorsitzende der Partei DIE LINKE. Thüringen, Susanne Hennig - Wellsow, erklärte im Vorfeld: "DIE LINKE. Thüringen bringt sich mit eigenen Anträgen in die Diskussion des Wahlprogramms ein. Unter anderem will DIE LINKE. Thüringen weiterhin die Auflösung des Bundes-

Wirtschaftsstruktur von westdeutschen und internationalen Konzernen muss so aufgebrochen werden. Gerade kleine und mittlere Unternehmen spielen dabei eine herausgehobene Rolle. Neben der Förderung von Genossenschaften und der solidarischen Ökonomie muss DIE LINKE gerade diese etwa bei Unternehmensnachfolgen besonders unterstützen und in der Vergabepolitik besonders berücksichtigen.

DIE LINKE. Thüringen hält es für notwendig, dass DIE LINKE für eine Alternative zur Koalition aus SPD, CDU und CSU, für einen klaren Politikwechsel streitet und für konkrete Schritte hin zu einer sozialen, ökologischen und demokratischen Gesellschaft sowie zu friedlichen Konfliktlösungen umgesetzt werden."

Neben den intensiven Beratungen bezüglich unseres Wahlprogramms, welches wir im Detail in Veranstaltungen in unserem Landkreis vorstellen werden, waren natürlich die Reden der „Prominenz“ wie immer die Highlights eines Parteitags. Katja Kipping eröffnete mit einer starken Rede und machte zu Beginn klar, wofür wir kämpfen: „Wir wollen ein Land für alle, die hier leben. Wir kämpfen für eine soziale Einwanderungsgesellschaft und wir kämpfen dafür, dass die Flüchtenden an den Außengrenzen nicht verhungern, dass sie nicht ums Leben kommen. Wir helfen ihnen. Und auch darum geht es im September bei den Bundestagswahlen! Dieses Land, dieses Wir, auf das sich die Rechten so gern beziehen – das sind nicht die Zusammenrottungen von PEGIDA und der AfD. Dieses Land, das sind alle, die hier leben. Wir sind

Christen und Muslime, Jüdinnen und Konfessionslose. Wir lieben, wen wir wollen und wie wir das zusammen wollen! Und wir fragen nicht nach nationalen Stammbäumen. Und Wir – das sind auch die jungen Berufsschülerinnen aus Nürnberg, die sich für ihren Mitschüler einsetzten, als dieser abgeschoben werden sollte. Und es ist so beschämend, wie sie dafür angegriffen wurden. Und unsere Botschaft lautet ganz klar: Gleiche Rechte für alle! Schluss mit Diskriminierung. Schluss mit Ausgrenzung!“



Anke Hofmann-Domke auf dem Bundesparteitag DIE LINKE. in der Debatte zum Wahlprogramm

amtes für Verfassungsschutz, von BND und MAD. Geheimdienste sind Fremdkörper in einer Demokratie. Anschließend an die Erfahrungen in Thüringen unterstützt DIE LINKE. Thüringen Schritte bis zur Auflösung, um die Kompetenzen der Dienste zurückzudrängen, zum Beispiel durch die Abschaltung von V-Leuten, ein Verbot für Bildungsarbeit und die Überprüfung der rechtlichen Zulässigkeit sämtlicher gespeicherter Personendaten in den Diensten.

DIE LINKE. Thüringen setzt - gerade für Ostdeutschland - auf die Stärkung der regionalen Entwicklung. Die Abhängigkeiten der ostdeutschen

Fortsetzung S.3

Fortsetzung von S.2

Am Samstag motivierte Dietmar Bartsch für den Wahlkampf und machte bezüglich der Frage „Rot-Rot-Grün im Bund?“ klar: „Regierungskurs oder Oppositionskurs? Und ich sage, da gibt es eine ganz klare Antwort: Erfolgskurs, liebe Genossinnen und Genossen, das ist unser Weg.“

Gregor Gysi sprach für die Europäische Linke und hatte in einer sehr ernsten Rede das Thema Europa und EU im Blick: „Wir müssen uns auf das Positive im Bestehenden stützen und die Mängel scharf kritisieren. Wir müssen versuchen, das Ganze durch Neues und Alternatives zu ergänzen. Wir müssen also darüber hinaus wollen.“

Ein `Zurück´ ist weder mein Fall und sollte auch kein Fall der Linken sein. Wir wollen progressiv sein. Wir wollen die Dinge vorantreiben. Und eine Haltung nach dem Muster `Früher war alles besser´ passt einfach nicht zu unserer Einstellung.“

Den kämpferischen Schlusspunkt bildete die Rede von Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE:

„[...] Dass Merkel jetzt wieder so obenauf ist, das liegt nicht an fehlender Wechselstimmung, sondern ist einfach die Folge davon, dass kein normaler Mensch Schulz mehr abnimmt, dass er für einen politischen Wechsel steht. Politikwechsel, das heißt doch nicht, Raute oder Zottelbart im Kanzleramt. Politikwechsel heißt Wiederherstellung des Sozialstaates, Abrüstung und keine neuen Kriegs-

auch müßig darüber zu streiten, ob Merkel oder Schulz unser Hauptgegner ist. Unser Hauptgegner ist die neoliberale Politik, unser Hauptgegner ist eine Politik, die von Wirtschaftslobbyisten gesteuert wird. Unser Hauptgegner sind Politiker, die sich freuen, wenn ihnen ein Vorstandsvorsitzender auf die Schulter klopf und die sich von Konzernspenden und der Aussicht auf lukrative Aufsichtsratsmandate kaufen lassen. Das ist unser Hauptgegner [...]“

Spannend auch wieder die verschiedensten Resolutionen in denen Die LINKE klar Stellung bezieht: „DIE LINKE unterstützt den Widerstand gegen das Memorandum in Griechenland und fordert einen Schuldenschnitt“, „Solidarität mit den Beschäftigten im Handel und ihrer Forderung nach der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge“, „Solidarität mit Venezuela!“, „Grenzenlose Solidarität statt G20!“, „Bundeswehr raus aus Litauen!“ Und viele mehr.

Bewegend waren für viele Delegierte auch die mit Spannung erwarteten Grußworte internationaler Gäste, Malalai Joya (Afghanistan) machte selbstbewusst klar: „Ich verurteile aufs schärfste die Asylpolitik der EU-Mitgliedstaaten. Deren Werte, die Menschenrechte, die internationalen Verträge und vor allem ihre eigene Rolle in der Krise sind eigentlich eine Verpflichtung für sie, Menschen in Not zu helfen. Sie müssen das Völkerrecht, das auch für Flüchtlinge gilt, respektieren.“

Erugrul Kürkcü, Vertreter der HDP, Abgeordneter der türkischen Nationalversammlung betonte: „Im Kampf gegen Faschismus und den kolonialistischen Krieg gegen das kurdische Volk bauen wir auf die internationale Solidarität der linken und demokratischen Kräfte in Europa und der Region. Unser Kampf ist nicht eingebettet in egoistische nationale Interessen und einseitige Forderungen. Der Kampf gegen die Tyrannei des politischen Islam in der Türkei ist Teil des generellen Kampfes gegen imperialistische Pläne den Nahen Osten zu kontrollieren durch sogenannte gemäßigte Islam-Vertreter. Der Kampf gegen den Aufstieg des Faschismus im Osten von Europa ist die Fortsetzung des Kampfes gegen Nationalismus und Rechtspopulismus im Westen des Kontinents.“

Diese Grußworte machten deutlich, linke Politik geht nur international. Wir sind auf die Solidarität unserer Genossinnen und Genossen im Ausland angewiesen und sie auf unsere. Denn wie steht es in unserem Wahlprogramm?

Wir haben Hoffnung. Wir sind die Hoffnung auf Veränderung. Gemeinsam können wir das Land verändern. Auf jede und jeden kommt es an.



abenteuer. Das heißt doch Politikwechsel, und dafür stehen wir und dafür streiten wir. Deswegen ist es

Patrick Beier

Hande gegen Verkauf. Erfurter Bahn soll kommunal bleiben!



Erfurter Bahn handelt es sich um ein wichtiges kommunales Unternehmen, das einen wesentlichen Beitrag zur Absicherung des Schienenpersonennahverkehrs in der ganzen Region leistet. Viele Menschen pendeln mit ihr jeden Tag von oder nach Erfurt zur Arbeit. Eine Privatisierung der Erfurter Bahn würde unkalkulierbare Risiken für die Zukunft des Thüringer Schienennahverkehrs mit sich bringen. Davon betroffen wäre auch

Mit Erfolg setzte sich der Landtagsabgeordnete der Linken und Sprecher für Landesentwicklung, Ronald Hande, Anfang des Jahres für eine Überarbeitung der geplanten Reduzierung der Bahnverbindung zwischen der Südthüringer Hochschulstadt Schmalkalden und der Landeshauptstadt ein.

die Südthüringen Bahn, die zur Hälfte der Erfurter Bahn gehört.

Nun möchte sich der Abgeordnete gemeinsam mit der Linken in Erfurt für den Erhalt der Erfurter Bahn stark machen. Hintergrund ist der geplante Verkauf der Erfurter Bahn durch die Stadt Erfurt. Bei der

Ronald Hande findet es unverständlich die Bahn zu privatisieren, da diese erfolgreich arbeitet und der Stadt Erfurt wichtige jährliche Einnahmen sichert. „Der Verkauf der Erfurter Bahn bedeutet eine Schwächung der öffentlichen Daseinsvorsorge und dient somit nicht den Interessen der Bürgerinnen und Bürger“ so Hande.

Vorstellungen von Mark Hauptmann und Stefan Gruhner sind energie- und wirtschaftspolitisches Harakiri

Sie gefährden nicht nur die Energieversorgung der Bundesrepublik, sondern auch hunderttausende Arbeitsplätze in Deutschland, davon tausende in Thüringen. Auch ihr angebliches Bekenntnis zu einheitlichen und geringeren Netzentgelten führen sie ad absurdum."

Allein die Forderung, die baurechtliche Privilegierung der Windkraft zu streichen, würde dazu führen, "dass regional und dezentral kein Strom mehr erzeugt werden kann, denn um Windkraftanlagen zu bauen, benötigt man den Außenbereich, es wird ja kaum jemand diese Anlagen im Vorgarten haben wollen". Das führt am Ende dazu, dass die Windkraftanlagenbauer ihre Kapazitäten abbauen müssten, was folglich mit tausenden arbeitslosen Menschen einhergeht. Die Verkabelung Deutschlands würde weiter zunehmen, da nur noch in Nord- und Ostsee Anlagen gebaut werden dürften. Dies würde die Netzentgelte weiter



Quelle: Steffen Harzer (Mdl)

in die Höhe treiben.

Diese undurchdachten und volkswirtschaftlich

Fortsetzung S.5

schädlichen Vorstellungen zeigen, dass die CDU mit ihrer jahrelangen Energiepolitik in Bund und Land völlig überfordert ist, keine Ahnung hat und die Realität verkennt. So haben wir mit Mark Hauptmann einen Abgeordneten in Berlin, der den geltenden Gesetzen zugestimmt hat und sich dann über die Auswirkungen wundert.

Die Energiewende muss sozial gerecht und für die Wirtschaft bezahlbar gestaltet werden. Sie muss regional und dezentral mit erneuerbaren Energien erfolgen. Die Energiewende muss gemeinsam mit Sektorenkopplung (Wärme, Strom und Verkehr) und Speicherung gedacht werden.

Wahlkreiswoche vor Ort - Hinhören und Probleme anpacken



Quelle: Ina Leukefeld (MdL)

Ausgangspunkt für das Gespräch mit Frau Ehrhardt und Frau Sawitzki im Familienzentrum war mein Anliegen, der Frage einer Bürgerin im Sozialausschuss der Stadt nachzugehen, wieso die Suhler Tafel eine Einkommensbegrenzung von monatlich 800 Euro für die 1. Person eines Haushaltes und 200 € für jede weitere Person beträgt. Das würde bei Familien mit Kindern nicht ausreichen, um das Angebot der Tafel in Anspruch nehmen zu

können. Die Antwort der beiden Fachfrauen: Ja, das stimmt, die Bemessungsgrundlage ist in Suhl derzeit so, allerdings wurde sie seit vielen Jahren nicht fortgeschrieben. Es wird also Zeit für eine Erhöhung. Die Frage ist, in welchem Umfang sie stattfinden soll. Ich verwies darauf, dass die Bescheide vom Jobcenter sowie des Sozialamtes über Sozialgeld oder Grundsicherung im Alter unbedingt als Mindestvoraussetzung für die Leistungen der Suhler Tafel gelten sollten. Die Armutsschwelle liegt in Deutschland (laut europäischer Armutsdefinition) allerdings deutlich höher bei knapp 1000 Euro.

Die Suhler Tafel versorgt aktuell über 5500 Erwachsene und 2000 Kinder regelmäßig mit Waren, die von Kaufhallen und Märkten bereitgestellt werden. Die Zahl der Tafelbesucher hat sich von 2015 zu 2016 um 3,6% bei Erwachsenen und um 10,5% bei Kindern erhöht.

Sollte die Bemessungsgrenze steigen, dann wird sich sprunghaft auch die Anzahl der Bedürftigen erhöhen, denn es gibt viele Geringverdiener und Menschen mit niedrigen Renten. Dann braucht es auch mehr ehrenamtliche Helfer, mehr Lagerfläche und Waren, die bereitgestellt werden müssen. Gemeinsam sollten wir darüber nachdenken, wie diese Aufgabe zu bewältigen ist. Den ehrenamtlichen Tafelmitarbeitern und Verantwortlichen danke ich herzlich für die geleistete Arbeit (siehe Foto). Daran sollten wir nicht nur in der Vorweihnachtszeit denken. Ich rufe dazu auf, wer Lust und Zeit hat, sich in der INSEL oder in anderen sozialen Vereinen zu engagieren. Jede Hand wird gebraucht und unterstützt das hauptamtliche Personal.

„Ich habe wieder viel für meine Abgeordnetenarbeit gelernt und nehme eine Menge Fragen und Aufgaben nach Erfurt mit. Außerdem gibt es viele Anregungen für mich als Sozialpolitikerin, die ich auch in den Thüringer und die Suhler Sozialausschuss einbringen will“.

Ina Leukefeld

Kreisgebietsreform in Südwestthüringen

Stellungnahme des Kreisverbandes zur Gebietsreform

Der Kreisverband der Partei DIE LINKE. Schmalkalden-Meiningen stellt sich in der Debatte um die Neuordnung der Kreise des Südthüringer Raumes klar auf die Seite der Thüringer Landesregierung sowie ihrer Abgeordneten Ronald Hande und Steffen Harzer.

Der Vorschlag der Landesregierung sieht eine Fusion der Kreise Schmalkalden-Meiningen, Hildburghausen, Sonneberg und der kreisfreien Stadt Suhl vor. Entgegen andersweitiger Überlegungen, die ein Zusammengehen der Kreise Schmalkalden-Meiningen, Wartburgkreis und der kreisfreien Stadt Eisenach ins Auge fassen, orientiert sich der Plan der Landesregierung an den örtlichen Gegebenheiten und hat das Wohl der gesamten Region im Blick.



Patrick Beier

Ein gemeinsam so strukturierter Kreis südlich des Rennsteigs verhindert eine ungleichgewichtige Konzentration der beiden Mittelzentren (mit Teilfunktion eines Oberzentrums) Suhl/Zella-Mehlis und Eisenach in einem Kreis. Andere Konzepte würden zu einer Benachteiligung insbesondere der strukturschwächeren Kreise Hildburghausen und Sonneberg führen. Dahingegen können im Rahmen der von der Landesregierung vorgestellten Kreiskulisse bereits bestehende Synergieeffekte weiter genutzt werden. Außerdem verhindert sie eine wirtschaftlich einseitige Entwicklung zu Lasten der Menschen in den Kreisen Sonneberg und Hildburghausen.

Wie Steffen Harzer in seiner Pressemitteilung richtig feststellt, könnte Meiningen im Rahmen des Erfurter Vorschlages weiterhin Kreisstadt mit Verwaltungssitzen in den bisherigen Kreisstädten bleiben. Auch Bad Salzungen würde wohl in ähnlicher Weise im Nachbarkreis profitieren. Andere Varianten hätten mit Sicherheit eine zeitraubende und kostenintensive Neustrukturierung der bestehenden Verwaltungen zur Folge. Das kann nicht im Sinne der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sein.

Ein weiteres Beispiel in der Debatte ist, das sowohl Eisenach als auch Meiningen Theaterstandorte mit großem Renommee sind. Damit das so bleibt, muss eine Kreisreform mit Augenmaß dafür sorgen, dass keine direkte Konkurrenz um staatliche Zuschüsse der beiden Einrichtungen innerhalb eines Kreises entstehen kann. Eine Kreiskulisse mit zwei Theaterstandorten könne auf Dauer hingegen kaum gehalten werden.

Aus der Arbeit des Bürgerbüros

(1) - Abgeordneter Hande bedankt sich

Wie dieser Tage der Presse zu entnehmen war, plante der Oberbürgermeister der Stadt Erfurt, Andreas Bausewein (SPD), die Erfurter Bahn zu verkaufen. Der Südthüringer Landtagsabgeordnete Ronald Hande (Die Linke), der in Schmalkalden ein Bürgerbüro betreibt, rief Mitbürger aus Schmalkalden und Umgebung dazu auf, sich an einer Unterschriftensammlung zu beteiligen und mit ihrer Unterschrift ein Zeichen gegen den Verkauf der Erfurter Bahn zu setzen.

Schneller als zunächst vermutet lenkte der Erfurter OB Andreas Bausewein (SPD) nun mit seinen Privatisierungsplänen ein. „Die Abkehr vom Vor-

haben der Privatisierung der Erfurter Bahn ist eine gute Nachricht für den Schienenpersonennahverkehr in Thüringen“; betont Hande. „Besonders für den Südthüringer Raum hätte der Verkauf für unnötige Unsicherheit auf der Schiene gesorgt“, so der Parlamentarier weiter. Dass die Erfurter Bahn inklusive ihrer Tochter Süd-Thüringen-Bahn nun in kommunaler Hand bleibt, ist auch ein Erfolg der über 50 Bürgerinnen und Bürger aus Schmalkalden und Umgebung, die in nur kurzer Zeit auf den ausgelegten Listen unterschrieben haben. Dafür bedankt sich Hande ausdrücklich bei allen Unterstützern. Der breite Bürgerwille war letztlich offenbar der ausschlaggebende Punkt, von den Plänen Abstand zu nehmen.

(2) - Hande zu Gast beim Seniorenverein

Am Donnerstag, dem 18. Mai 2017, fand in der Wohngebietsgaststätte „Walperloh“ die mit 30 anwesenden Mitgliedern gut besuchte Versammlung des Seniorenvereins Schmalkalden und Umgebung statt. Als Ehrengast konnte der Landtagsabgeordnete der Linken und Mitglied des Petitionsausschusses im Thüringer Landtag, Ronald Hande, begrüßt werden. Mit den Worten, „Er hat das große Glück, noch ein junger, gutaussehender und ehrgeiziger Kerl zu sein, der Ambitionen hegen kann, erneut für den Thüringer Landtag zu kandidieren“, stellte Gerhard Hoffmann den Gast seinen Mitgliedern vor.

Ronald Hande war sehr gerne der Einladung von Gerhard Hoffmann, dem Vorsitzenden des Seniorenvereins Schmalkalden und Umgebung gefolgt, um die Senioren über das Petitionsrecht zu informieren.

Nach Artikel 14 der Verfassung des Freistaates Thüringen hat jedermann das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden an den Petitionsausschuss zu wenden. Petitionen können in eigener Sache oder auch für andere oder im allgemeinen Interesse eingereicht werden. Auch besteht die Möglichkeit,

eine Petition online einzureichen, informierte Ronald Hande.

Der Petitionsausschuss könne sich die Themen nicht aussuchen, mit denen er sich befasst, und das ist auch gut so, so Hande. In unseren Händen liegt aber das „Wie“. Die Inhalte der gemachten Eingaben erfassen dabei die gesamte Bandbreite politischer und gesellschaftlicher Themen. Wir überprüfen die Bitten, Beschwerden oder Anregungen und kommunizieren mit den Menschen, die Rat und Hilfe bei uns suchen, so Hande. Am 16. Juni 2017 wird der südthüringer Abgeordnete in seinem Schmalkalder Bürgerbüro Hoffnung 11 wieder eine Petitionssprechstunde anbieten. Dabei können die Menschen der Region ihre Eingaben direkt und persönlich dem Landtagsabgeordneten mit auf den Weg geben. Um eine Terminabsprache wird gebeten (03683-4899927).

Zum Ende des Besuches beim Schmalkalder Seniorenverein bedankte sich Gerhard Hoffmann sehr herzlich bei Ronald Hande für die interessanten Informationen zum Petitionsrecht und zur Landespolitik.

(3) - Ronald Hande in Berlin

Dass meine Tätigkeit oft auch nach Berlin führt, ist mittlerweile zu einer Art Gewohnheit geworden. Nun führten mich aber gleich zwei Veranstaltungen in die deutsche Hauptstadt. Zunächst reiste ich mit dem gesamten Petitionsausschuss des Thüringer Landtages in den Bundestag, um mit den dortigen Kollegen über den Umgang mit weitergeleiteten Eingaben aus Thüringen sowie die Zusammenarbeit mit freien und unabhängigen Plattformen wie openpetition.org zu diskutieren.

Der Nachmittag stand dann ganz im Zeichen der Entwicklung der ostdeutschen Bundesländer. Im Berliner Ballhaus in der Chausseestrasse hatte die Bundestagsfraktion zu einer Ostkonferenz eingeladen. Thema: „Ostdeutschland im Spannungsfeld zwischen Metropolen und ländlichem Raum - eine ziemlich genaue Beschreibung der Gegebenheiten in Thüringen, wo sich ein großer ländlich geprägter Teil zwischen den großen Metropolregionen erstreckt. Dass diese Situation Probleme mit sich bringt, dürfte nicht überraschen.

Ebenso war es wenig überraschend, dass der Blick aus Berlin auf den ländlichen Raum (zum Beispiel in Thüringen) dann doch etwas, sagen wir mal, anders ist. Denn wie es die Bezeichnung schon sagt: ländlicher Raum meint „ländlich“ wegen der besonderen Wirtschafts- und Agrarstrukturen und „Raum“, weil eben nun mal viel Platz da ist, der entsprechende Entfernungen und notwendige Infrastruktur mit sich bringt. Und nicht zuletzt ist die Mentalität der Menschen oft auch eine andere als in Städten.

Doch unabhängig davon haben auch Stadtmenschen gute Ideen für den ländlichen Raum – und die habe ich nach diesem 18-Stunden-Tag in Berlin mit nach Thüringen genommen.



Tag der Befreiung

8. Mai - Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus!

Heute gilt es denen zu danken, die Europa und die Welt vom Faschismus befreiten, denen zu gedenken, die ihr Leben lassen mussten, und Kraft und Mut zu schöpfen, um die Zukunft besser zu gestalten. Gerade in diesen Zeiten sollte einem jeden bewusst sein, welche große Aufgabe unsere Generation hat...es droht (mal wieder) ein Roll-Back der Geschichte, eine Restauration des Nationalismus, und die unsichtbare Hand des Marktes streckt schon wieder vorsichtig den rechten Arm aus. Es gilt also jede*n mitzunehmen und um nichts weniger als die Welt zu verändern.

Klingt naiv und übertrieben, aber heute darf ich das denn wie heißt es so schön?

"Ändere die Welt, sie braucht es." - Bertolt Brecht

Patrick Beier



Anschlag auf das Abgeordnetenbüro

Mal wieder ein kaputtes Fenster bei uns und dem Büro von Steffen Harzer - MdL.

Wieder einmal wurde sinnlos materieller Schaden angerichtet, welcher vor allem Zeit kostet. Zeit, die wir lieber damit verbringen, für soziale Gerechtigkeit und eine bessere Welt zu streiten - Ziele, die wir weiterhin verfolgen werden!

Dieser Vorfall zeigt erneut, auch Meinungen hat ein Problem (wir unterstellen jetzt einfach mal einen politischen Hintergrund der Tat), aber wir werden hier bleiben und jetzt eben noch lauter weiterkämpfen!



Fenster der Geschäftsstelle in Meiningen

DIE LINKE.

Kreisverband
Schmalkalden-Meiningen

DIE LINKE.
Schmalkalden - Meiningen
Eleonorenstraße 10
98617 Meiningen
[www.die-linke-
schmalkalden-meiningen.de](http://www.die-linke-schmalkalden-meiningen.de)

Kreisvorsitzender
Patrick Beier
beier_patrick@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Bundestagswahl 2017 steht vor der Tür und auch in diesem Jahr wollen wir als LINKE wieder mit einem guten Ergebnis in den Bundestag einziehen, um dort für Frieden, soziale Gerechtigkeit und ein besseres Leben zu kämpfen.

Auch wollen wir gemeinsam mit unserem Kandidaten im Wahlkreis, Steffen Harzer (MdL), einen guten Wahlkampf abliefern – und dort vor allem mit unseren Themen, Zielen und Vorstellungen antreten um den Menschen in Deutschland deutlich zu machen, dass es eine wirkliche, wahre Alternative zum Rechtsruck und Neoliberalismus in unserer Gesellschaft gibt.

Um dies zu erreichen brauchen wir eure Unterstützung!

Neben der gewohnten Unterstützung an Info-Ständen, beim Verteilen von Material und dem Gespräch mit den Nachbarn sind wir wieder auf eure finanzielle Unterstützung angewiesen.

Ein Wahlkampf kostet viel Kraft und ist auch finanziell ein Kraftakt für unsere Partei – welchen wir ohne eure Spenden kaum bewältigen können.

Auf diesem Wege bitte ich euch, liebe Genossinnen und Genossen, um eine Spende für unseren Kreisverband, damit wir einen guten und erfolgreichen Wahlkampf führen können!

Mit solidarischen Grüßen



Patrick Beier

Kreisvorsitzender Die LINKE. Schmalkalden-Meiningen

Konto:

IBAN: DE04 8405 0000 1706 0135 46

BIC : HELADEF1RRS

Gemeinsame Beratung von Stadtvorstand und Stadtratsfraktion in Schmalkalden



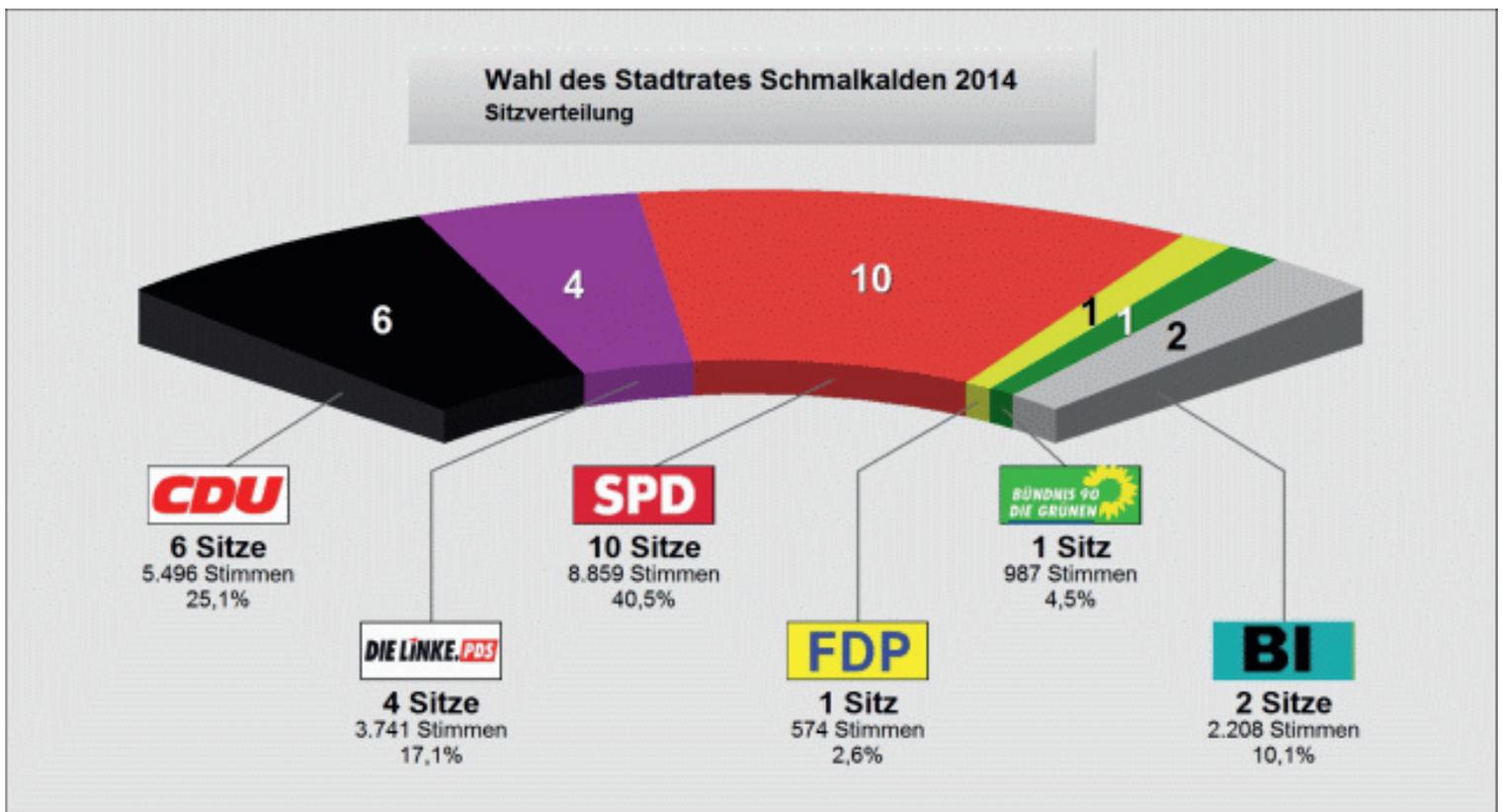
Wie entwickelt sich die Arbeit der LINKEN im Wahljahr? Was können, müssen wir gemeinsam tun, um die DIE LINKE in den Blickwinkel der Öffentlichkeit zu rücken?

Diese und etliche andere Fragen standen im Mittelpunkt unseres gemeinsamen Treffens, zu dem wir uns am 22. Mai in der Gaststätte „FLY-IN“ in Niederschmalkalden zusammengefunden hatten. Die Teilnehmer waren vier Mitglieder des Stadtvorstandes (Genn. Krauss, Gen. Heller, Genn. Schaft, Gen. Kaiser), ein Mitglied fehlte entschuldigt, ein Mitglied unentschuldigt, und die vier Mitglieder des Stadtrates Gen. Kaiser, Genn. Kulawik, Gen. Hoffmann und Stadträtin Jung. Leider waren von den sachkundigen Bürgern nur Ilona Schaft und Lutz Eichel anwesend.

Unsere Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch sind einerseits dadurch gewährleistet, dass der Fraktionsvorsitzende Klaus-Dieter Kaiser gleichzeitig Mitglied des Stadtvorstandes ist, andererseits Mitglieder des Stadtvorstandes, vor allem Genossin Ilona Schaft,

Fortsetzung S.11

Ingrid Krauss (Stadtverbandsvorsitzende)



Fortsetzung von S.10

regelmäßig an den öffentlichen Fraktionssitzungen, die immer in der Vorwoche der Stadtratsitzungen stattfinden, teilnehmen.

Gen. Kaiser legte, ergänzt von den beiden anderen Stadträten, sachlich und überzeugend einige Grundpositionen zur Arbeit der Fraktion dar. Obwohl die Fraktion klein ist, zeigt sie sich doch stark und schlagkräftig; die vier Stadträte und die vier berufenen Bürger wirken aktiv in verschiedenen Gremien mit. Jede Stadtratssitzung wird in einer meist zwei- bis dreistündigen Fraktionsitzung vorbereitet, in der die gemeinsame Linie besprochen, viele Positionen vorliegender Dokumente / Materialien kritisch beleuchtet und eventuelle Darlegungen in den Ratssitzungen und den Ausschüssen beraten werden. Das ist ein Vorgehen, das, bezogen auf Inhalte und Teilnahme, für die Kreistagsfraktion Vorbildwirkung haben könnte.

Grundlage der Arbeit in den verschiedenen Gremien bildet unser Kommunalwahlprogramm, das als Ziele u. a. enthält: „die vorrangige Entwicklung im innerstädtischen Bereich“, keine „weitere Expansion in unerschlossene Randgebiete der Stadt“, „sozial vertretbare Kommunalabgaben und Gemeindesteuern“, „Sicherung eines ausreichenden bezahlbaren Wohnungsbestandes und die Förderung alters- und seniorengerechter Bauvorhaben“, „stabile Elternbeiträge in den Kindereinrichtungen und Sozialtarife für Kultur und Freizeiteinrichtungen“. So konnte von der Fraktion vor allem Einfluss genommen werden auf den Haushalt und die finanziellen Bedingungen der Stadt, ebenso auf das Kinderbildungszentrum „Kibize“ in Asbach, auf die Bebauung bzw. Nichtbebauung verschiedener Ortsteile usw.

Es ist das Verdienst Genossen Kaisers, dass zur Gebietsreform auf sachliche Äußerungen im mündlichen und schriftlichen Austausch gedrungen wurde ohne beleidigende Aussagen.

Zu den anderen Fraktionen ist das Verhältnis –

abgesehen von oft unterschiedlichen Positionen – als gut einzuschätzen; es gibt etliche Gemeinsamkeiten und der persönliche Umgang ist positiv zu bewerten.

Die Genossen Kaiser und Hoffmann kritisieren, dass Bürgermeister Kaminski verschiedene Entscheidungen ohne die Stadträte vornimmt, hier muss unsere Fraktion auf Einbeziehung drängen.

Natürlich gibt es eine Reihe offener Fragen, z. B. die immer wieder vor allem von Genossen Kurt Pappenheim eingeforderte gemeinsame Gedenkkultur. Die Fraktion muss auch Stellung beziehen zu u. U. geplanten Privatisierungen.

Der Stadtvorstand ist sehr daran interessiert, den Schmalkalder Bürgern nicht nur das Vorhandensein, sondern vor allem auch das Wirken der LINKEN zu verdeutlichen, was logischerweise besonders an der Fraktion erkennbar ist. Hier ist unbedingt eine engere Zusammenarbeit mit der Presse erforderlich.

Welche Rolle spielt die Fraktion konkret in der Kommunalpolitik, welche Ergebnisse oder Probleme bringt die Arbeit in den Ausschüssen, wer ist wo öffentlich aufgetreten usw.? Gut war z. B. ein Interview mit Genossen Kaiser in der hiesigen Tagespresse zum Haushalt und der Finanzpolitik der Stadt (März 2017).

Auch für uns als Partei ist es erforderlich, mehr Informationen zu liefern als nur über Versammlungen oder Gedenkveranstaltungen.

Seit langem erbitten wir von der Fraktion Texte, die wir auch im „Blitzlicht“ veröffentlichen können, leider bislang vergeblich. Genossin Magdalene Saal hatte früher öfter über den Sozialausschuss oder die Fraktion berichtet, das müsste unserer Meinung nach heute auch möglich sein bei acht Abgeordneten oder Ausschussmitgliedern, und zwar einmal im Jahr. Gerade auch die sachkundigen Bürger müssen den Leuten bekannt sein, dann steigt ganz einfach ihre Chance, bei den nächsten Kommunalwahlen gewählt zu werden.

Ingrid Krauss

Fraktion Die Linke:



Kaiser, Klaus
Fraktionsvorsitzender



Jung, Martina
stellv. Fraktionsvorsitzende



MR Kulawik, Gina



Hoffmann, Gerhard

Im I.Quartal gartulieren wir:

16.7. zum 75. Waltraud Heß, Schmalkalden
 17.7. zum 65. Hartmut Güntsch, Viernau
 17.7. zum 74. Gina Kulawik, Schmalkalden
 19.7. zum 76. Christel Siegmund, Schmalkalden
 23.7. zum 83. Albrecht Cornelius, Meiningen
 24.7. zum 90. Kurt Pappenheim, Schmalkalden
 25.7. zum 73. Günter Michaelis, Zella-Mehlis
 29.7. zum 91. Edgar Koch, Meiningen
 30.7. zum 74. Franz Beer, Zella-Mehlis
 17.8. zum 89. Heinz Rothämel, Steinbach-Hallenberg
 20.8. zum 76. Edith Gerth, Schmalkalden
 26.8. zum 55. Matthias Weigand, Kaltensundheim
 27.8. zum 75. Beate Hildebrand, Walldorf
 27.8. zum 78. Ursula Meerguth, Meiningen
 31.8. zum 83. Siegfried Jahns, Zella-Mehlis
 7.9. zum 85. Anni Merta, Meiningen
 10.9. zum 85. Gerda Luthardt, Zella-Mehlis
 16.9. zum 86. Annemarie Römhild, Schmalkalden

18.9. zum 92. Erna Gruner, Schmalkalden
 19.9. zum 75. Kurt Bachmann, Schmalkalden
 20.9. zum 77. Marlies Luck, Schmalkalden
 21.9. zum 77. Ingrid Klee, Wasungen
 21.9. zum 83. Christine Krzikalla, Einhausen
 22.9. zum 74. Elke Pudszuhn, Zella-Mehlis
 24.9. zum 75. Heike Gundlach, Zella-Mehlis
 28.9. zum 81. Helga Jahns, Zella-Mehlis
 28.9. zum 65. Gerda Wunderlich, Steinbach-Hallenberg

Termine:

Sommerfest DIE LINKE Schmalkalden-Meiningen

Ende August / Anfang September 2017

14:00 – 17:30 Uhr

Zella-Mehlis, Bürgerhaus, Louis-Anschütz-Straße 28

Kreisparteitag

21. Oktober 2017

09:00 – 15:00 Uhr

Schmalkalden, Raststätte "Asbacher Straße", Asbacher Straße 4



Wir trauern um:

Gerhard Wehner, Untermaßfeld

Impressum:

DIE LINKE. Schmalkalden-Meiningen

Kreisvorstand, in Verantwortung
 von Patrick Beier (V.i.S.d.P.)

Tel. (03693) 8853531

rgeschaeftsstelle@die-linke-schmalkalden-
 meiningen.de

www.die-linke-schmalkalden-meiningen.de

Konto:

IBAN: DE04 8405 0000 1706 0135 46

BIC : HELADEF1RRS

Bitte nur noch dieses Konto verwenden!

Öffnungszeiten:

Kreisgeschäftsstelle

Dienstag 09:00 - 12:00 Uhr

Mittwoch 17:30-19:00 Uhr

Abgeordnetenbüro Steffen Harzer (MdL)

Eleonorenstraße 10

98617 Meiningen

Tel.: (03693) 8853530

Montag bis Freitag 09:00 - 17:00 Uhr

Bürgerbüro Ronald Hande (MdL)

Hoffnung 11

98574 Schmalkalden

Tel.: (03683) 4899927

Montag, Mittwoch

09:00 - 12:00 Uhr und 14:00 - 16:00 Uhr

Donnerstag

09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 16:00 Uhr

Freitag

09:00 - 12:00 Uhr

Abgeordnetenbüro Ina Leukefeld (MdL)

Rüssenstraße 19

98527 Suhl

Tel.: (03681) 728562

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge
 oder Pressemitteilungen (pm) trägt der
 Verfasser die alleinige Verantwortung.
 Nachdruck nur mit Genehmigungen der
 Redaktion.